



Abstimmung vom 9.2.2020

# Linke Wohninitiative überzeugt die Land- bevölkerung nicht

**Abgelehnt: Volksinitiative «Mehr bezahlbare  
Wohnungen»**

Matthias Strasser

---

**Empfohlene Zitierweise:** Strasser, Matthias (2020): Linke Wohninitiative überzeugt die Landbevölkerung nicht. *Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen*. Online: [www.swissvotes.ch](http://www.swissvotes.ch). Abgerufen am [Datum].

**Herausgeber dieses Dokuments:** Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. [www.swissvotes.ch](http://www.swissvotes.ch).

## VORGESCHICHTE

Ende 2016 reicht der Mieterinnen- und Mieterverband Schweiz seine Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» mit 104 800 gültigen Unterschriften ein. Sie verlangt, dass der Bund den gemeinnützigen Wohnungsbau stärker fördern soll. Der Anteil Wohnungen, die im gemeinnützigen Wohnungsbau erstellt werden, soll auf mindestens 10% aller neu gebauten Wohnungen steigen. Im Initiativkomitee sind zahlreiche Bundesparlamentarier von SP und GPS vertreten.

Der Bundesrat anerkennt in seiner Botschaft, dass es insbesondere für Wohnungssuchende mit geringer Kaufkraft im städtischen Raum schwierig sei, finanzierbaren Wohnraum zu finden. Er lehnt die Volksinitiative jedoch ab, weil die Zielgrösse von 10% nicht realistisch sei. Zudem widerspreche das geforderte Vorkaufsrecht der öffentlichen Hand bei Grundstückkäufen dem Wettbewerbsgedanken auf dem Immobilienmarkt. Stattdessen will der Bundesrat mit einem indirekten Gegenvorschlag den sogenannten Fonds de Roulement während zehn Jahren um 250 Millionen Franken aufstocken. Aus diesem Fonds werden preisgünstige Darlehen zuhanden gemeinnütziger Wohnbauträger zur Verfügung gestellt.

Im Parlament bleibt die Initiative chancenlos. Die Befürworterinnen und Befürworter betonen, Mieterinnen und Mieter zahlten immer höhere Preise, obschon die Teuerung und die Hypothekarzinsen sinken. In den Städten könnten viele Mieterinnen und Mieter die Mietzinserhöhungen bei einem Umzug nicht finanzieren und seien daher gezwungen, wegzuziehen. Die bürgerlichen Gegnerinnen und Gegner argumentieren hingegen, dass die bestehenden Instrumente zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus und die geplante Aufstockung des Fonds de Roulement ausreichen und dass die Versorgung mit Wohnraum primär der Privatwirtschaft zu überlassen sei. In der Schlussabstimmung lehnt der Nationalrat die Initiative mit 140 zu 56 Stimmen ab, der Ständerat mit 30 zu 13 Stimmen bei einer Enthaltung. Dafür stimmen ausschliesslich Vertreterinnen und Vertreter von GPS, SPS und EVP. Der indirekte Gegenvorschlag des Bundesrats findet – wenn auch knapper – in beiden Kammern eine Mehrheit.

## GEGENSTAND

Die sogenannte Wohninitiative verlangt, dass Bund und Kantone den Bau preisgünstiger Wohnungen stärker fördern. Gesamtschweizerisch sollen mindestens 10% der zu bauenden Wohnungen im gemeinnützigen Wohnungsbau erstellt werden. Um dies umzusetzen, sollen Gemeinden ein Vorkaufsrecht bei Grundstück-Verkäufen einführen können; jenes der Kantone soll ausgedehnt werden. Ferner sollen Sanierungen nur noch öffentlich gefördert werden, wenn diese nicht zum Verlust von preisgünstigem Wohnraum führen.

## ABSTIMMUNGSKAMPF

Der Mieterinnen- und Mieterverband wird in seinem Abstimmungskampf nur von den links-grünen Parteien unterstützt: SP und Grüne fassen die Ja-Parole. Auch der Gewerkschaftsbund, Travail.Suisse sowie der

Verband der Wohnbaugenossenschaften unterstützen das Vorhaben, ebenso wie der politisch links geprägte Hausverein. Alle bürgerlichen Parteien, einschliesslich der EVP, empfehlen dagegen die Ablehnung, ebenso wie der Hauseigentümergeverband, diverse Wirtschaftsverbände, der Baumeisterverband und der Gemeindeverband. Der Städteverband beschliesst Stimmfreigabe.

Die Befürworterinnen und Befürworter argumentieren vor allem, dass die Lohnentwicklung mit der Mietzinsentwicklung nicht Schritt halte und dass aufgrund der Immobilien-Spekulation günstiger Wohnraum in den Städten fehle. Die Gegner betonen, die Situation auf dem Wohnungsmarkt habe sich ab 2016 entspannt. Eine schweizweite Quote von 10% an gemeinnützigem Wohnungsbau löse die Probleme nicht dort, wo diese bestünden, namentlich in den Städten. Die Initiative verursache hohe Kosten und viel Bürokratie. Dagegen stehe mit der Aufstockung des Fonds de Roulement ein bewährtes Förderinstrument bereit.

Der Abstimmungskampf ist kurz und der Abstimmungsmonitor des fög zeigt ein lediglich durchschnittliches Interesse der Medien, das spät einsetze und «in `geordneten Bahnen´» verlaufe (fög 2020). Weniger ausgewogen als die mediale Berichterstattung sind die Inseratekampagnen in den Printmedien: Die APS-Inserateanalyse zeigt, dass über 95% aller Anzeigen von den Gegnern gebucht werden (Heidelberger/Bühlmann 2020).

## ERGEBNIS

Die Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» wird Anfang 2020 abgelehnt. 42,9% der Stimmenden und viereinhalb Stände stimmen der Vorlage zu. Die Beteiligung liegt bei 41,7%. Eine Mehrheit findet das Anliegen in den grösseren Städten und in Teilen der Westschweiz. Zu kantonalen Mehrheiten reicht es lediglich in den Kantonen Basel-Stadt, Genf, Neuenburg, Waadt und Jura. Vor allem in der Deutschschweiz wird die Vorlage ausserhalb der Kernstädte deutlich abgelehnt, in Appenzell Innerrhoden erreicht die Initiative lediglich 24% Ja-Anteil.

Die Nachbefragung zeigt, dass eine deutliche Mehrheit der Stimmenden dem Kernanliegen der Initiative zustimmte: 69% der Befragten seien der Ansicht gewesen, dass angesichts der hohen Mieten günstiger Wohnraum stärker gefördert werden müsse. Zugleich waren jedoch 88% der Ansicht, dass die Initiative zu wenig Rücksicht auf regionale Gegebenheiten genommen habe. Die Zustimmung war darüber hinaus stärker verbreitet unter Mieterinnen und Mietern (60% Ja) als unter Hauseigentümerinnen und -eigentümern (33% Ja) und sie war umso höher, je weiter links im politischen Spektrum sich die Befragten einordneten (Bernhard/Scaperrotta 2020).

## QUELLEN

Bernhard, Laurent, und Laura Scapperotta (2020). *VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 9. Februar 2020*. Lausanne, Aarau, Luzern: FORS, ZDA, LINK.

fög (2020). *Abstimmungsmonitor zu den Vorlagen vom 9. Februar 2020, Bericht vom 6. Februar 2020*. Zürich: Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft der Universität Zürich.

Gerber, Marlène, und Sean Müller (2020). *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Volksinitiative "Mehr bezahlbare Wohnungen", 2015-2020*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), abgerufen am 30.10.2020.

Heidelberger, Anja, und Marc Bühlmann (2019). *APS- Zeitungs- und Inse-  
rateanalyse zu den Abstimmungen vom 9. Februar 2020. Zwischenstand vom 30.1.2020*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern.

Pressebeitrag: Tages-Anzeiger vom 22.3.2018.

Erläuterungen des Bundesrates zur Abstimmung vom 9.2.2020 (Abstimmungsbüchlein). Herausgegeben von der Bundeskanzlei.

Amtliche Bulletins des National- und des Ständerats (Geschäft 18.035).

Bundesblatt: BBI 2016 8357. BBI 2018 2213. BBI 2020 4377.